Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1539 Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 131. **Freitag, 6. Juni 1924, abends.** **77. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt **erscheint jeden Tag** abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, für Monat 2 M. 50 Pf. durch Post, 2 M. 25 Pf. durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Nöchtägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. **Geschäftsstelle: Goethestraße 59.**

Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Kommunistische Skandalszenen im Landtag.

Gemeinste Beschimpfungen des Präsidenten und des Hauses.

tlk. Dresden, 5. Juni 1924.

Die heutige Sitzung beginnt mit einer längeren Geschäftsordnungsdebatte, die Abg. **Böttcher** (Komm.) eröffnet. Er beantragt, zwei kommunistische Anfragen über das am 2. Juni vom Innenminister erlassene unbefristete **Verbot der kommunistischen Zeitungen** noch auf die heutige Tagesordnung zu setzen; ebenso die Anträge betreffend die **Unterstützung der Bergarbeiter in den staatlichen Steinkohlenwerken.** Da der Redner die Anträge in längeren Ausführungen begründet, die weit über die zulässigen 5 Minuten hinausgehen, wird er vom Präsidenten wiederholt unterbrochen und ihm schließlich mit Entziehung des Wortes gedroht.

Präsident Winkler teilt mit, die Anfrage wegen des Verbots der kommunistischen Presse könne heute nicht behandelt werden, weil sich die Regierung noch nicht zur Beantwortung bereit erklärt habe. Die Anträge wegen der Bergarbeiter befänden sich noch in der Druckerei, das Präsidium habe es deshalb abgelehnt, die Anträge heute auf die Tagesordnung zu setzen. Im übrigen lehne er es ab, die Gouvernante der Kommunisten zu sein.

An der Geschäftsordnungsdebatte beteiligen sich noch die Abg. **Menke** (Linkssoz.), Fritz (Soz.), **Granz** (Komm.), **Anders** (DVP.) Letzterer erklärt als Vorsitzender des Haushaltausschusses B, daß er gestern den Abg. Granz ersucht habe, für sofortigen Druck der Anträge zu sorgen, er habe es aber nicht getan. Hierauf wird der kommunistische Antrag gegen die Stimmen der Kommunisten und Linkssozialisten abgelehnt. (Pfui-Rufe der Kommunisten.)

Die Geschäftsordnungsdebatte wird fortgesetzt, die Kommunisten beantragen, am Freitag oder Sonnabend eine Sitzung abzuhalten, in der die Bergarbeiteranträge beraten werden sollen.

Präsident Winkler: Auch dann ist die Frist nicht gewahrt. Das Haus lehnt nach längerer Debatte die Abhaltung einer Freitag- oder Sonnabend-Sitzung ab. (Zurufe der Kommunisten: Ihr Lumpen!) Der Präsident setzt hierauf die **nächste Sitzung auf Donnerstag, den 19. Juni,** mittags 1 Uhr fest. Hiergegen erheben die Kommunisten Widerspruch und Abg. Böttcher verlangt die Abhaltung der nächsten Sitzung am Dienstag, den 10. Juni. Als das Haus gegen die Stimmen der Kommunisten und Linkssozialisten beschließt, es bei dem Vorschlage des Präsidenten zu belassen, erheben die **Kommunisten einen ungeheuren Lärm.** Sie ergehen sich in den **gemeinsten Beschimpfungen des Präsidenten und des Hauses. Der Kommunist Beerß springt** die Stufen nach dem Präsidium hinauf, **ergreift den Hammer des Präsidenten und schleudert ihn zunächst nach den Regierungsbänken** und dann mit dem Fuße in das Haus. Während der Präsident die Saalhupe in Tätigkeit setzt, rasen die Kommunisten weiter. Als aus dem Hause die Rufe: Schuljungen! kommen, greifen auch die **Tribünenbesucher** in den Kampf ein und schreien: **Nieder mit den Kommunisten!** Geht doch auf den Spielplatz! Die Kommunisten drohen nach der Tribüne, einer schreit: Warte, alter Freund, Dich werden wir gleich herunterholen! Böttcher brüllt: Wir werden gleich die Oelsnitzer Bergleute hereinholen, die mögen Euch die Jacke verbohlen! Ein anderer Kommunist hetzt die Tribünenbesucher aufeinander: Die Arbeiter, die oben sind, die mögen einmal die Gurken da oben vermöbeln!

Auf der Bühne kommt es inzwischen zu lebhaften Auseinandersetzungen, die von den Saaldienern geschlichtet werden. Unter allgemeinem Tumult **verlassen das Präsidium und die Regierungsvertreter den Saal,** ihnen folgen die übrigen Abgeordneten, zuletzt die Kommunisten.

Es tritt eine längere **Pause** ein. — Inzwischen sind zwei Ueberfallkommandos der Polizei im Landtagsgebäude eingetroffen. Die Tribünenbesucher werden vom Zugange nach anderen Räumlichkeiten abgeschnitten.

Nach fast einstündiger Unterbrechung wird die Sitzung wieder eröffnet.

Präsident Winkler: Wegen des gröblichen Verhaltens des Abg. Beerß schließe ich diesen für die heutige Sitzung aus. (Zurufe von den Kommunisten, Ordnungsruf des Präsidenten.) Nach einer kurzen Pause bemerkt der Präsident: Der Abg. Beerß verläßt das Haus nicht .... (Abg. Beerß ruft: Ich denke garnicht daran!) Infolgedessen treten die Bestimmungen der Geschäftsordnung in Kraft.

Der Präsident **vertagt wiederum die Sitzung** auf 10 Min. und beruft den Aeltestenausschuß zu einer Sitzung ein.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung bemerkt **Präsident Winkler:** Durch seine Weigerung, den Saal zu verlassen, hat sich Abg. Beerß selbst auf drei Sitzungen ausgeschlossen. Der Präsident fordert ihn noch dreimal auf, den Saal zu verlassen und unterbricht wieder die Sitzung zu dem Zwecke, nunmehr Maßnahmen zur Entfernung des Abg. Beerß zu treffen. Die Mitglieder des Hauses bittet er, inzwischen den Sitzungssaal zu verlassen und die Tribünenbesucher ersucht er, sich ruhig zu verhalten und sich im Parlament einwandfreier zu benehmen, als die Mitglieder der kommunistischen Partei. (Großer Lärm bei den Kommunisten. Ruf: So ein alberner Kerl!) Die Abgeordneten aller Parteien und die Regierungsvertreter verlassen hierauf den Saal, die Linkssozialisten und Kommunisten nur zögernd.

Nun erscheinen **Polizisten im Saal,** entfernen zunächst die um Beerß stehenden Kommunisten mit Gewalt und **befördern dann den heftig um sich schlagenden Beerß hinaus.** Die Polizisten werden mit gemeinen Schimpfworten bedacht. Die Tribünenbesucher bewahren während der überaus widerlichen Szene eine musterhafte Ruhe. Nach und nach wird es still im Saale und einige Abgeordnete nehmen wieder ihre Plätze ein.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung beginnt wieder eine Geschäftsordnungsdebatte.

Abg. **Schwarz** (Linkssoz.) verurteilt die Vorgänge im Hause, weil dadurch die Interessen der Arbeiter geschädigt würden.

Abg. **Böttcher** (Kom.) protestiert in Ausdrücken, die sich nicht zur Wiedergabe eignen, gegen die Entfernung Beerß aus dem Saale. Er sei von einer Bande (Lebhafter Widerspruch) aus dem Hause geworfen worden, die wie die Bestien über ihn hergefallen seien. Es sei das nur ein Vorspiel zum Verbot der Kommunistischen Partei. (Abg. Schwarz ruft: Bezahlte Arbeit!) — Hierauf wird beschlossen, die nächste Sitzung am 19. Juni abzuhalten.

½5 Uhr tritt das Haus in die Erledigung der Tagesordnung ein.

Die nachgesuchte **Strafverfolgung der Abg. Ellrodt** und **Zipfel,** die bei ihrer seinerzeitigen Entfernung aus dem Landtag der Polizei Widerstand leisteten und sie beleidigten, wird genehmigt. Ebenso die Strafverfolgung des Abg. **Siewert,** der die Polizei in der Presse beleidigt hatte. Gegen die Genehmigung der Strafverfolgung stimmen nur die Kommunisten und die sozialdemokratische Minderheit um Arzt und Liebmann. Die Kommunisten schrien: Faschistische Lumpen! Die Strafverfolgung des Abg. **Schneller** findet infolge einer Zufallsmehrheit gleichfalls Genehmigung durch die Stimmen der drei bürgerlichen Parteien.

Es folgt die Beratung über die Vorlage über die

einstweilige Erhöhung der Beamtenbezüge

in Verbindung mit einem kommunistischen Antrag, die vom Reichsfinanzministerium vorgeschlagene Gehaltserhöhung abzulehnen. Den Ausschußbericht erstattet Abg. **Schnirch** (Soz.) und beantragt Annahme des Entwurfes.

Ministerpräsident **Heldt:** Gegen die Beamtenbesoldungsregelung des Reiches machen sich von allen Seiten Widersprüche bemerkbar, besonders auch seitens der Länder und Gemeinden. Es sind dieselben Gründe, die die Regierung veranlaßt haben, die Angelegenheit einstweilen so zu regeln, daß Vorschüsse gezahlt werden. Die Besoldungsregelung ist vom Reiche überstürzt worden, ohne vorher die Länder und Gemeinden zu fragen. Das Reich hat gegen die vorläufige Regelung Einspruch erhoben. Dieser geht von der irrigen Voraussetzung aus, als er annimmt, daß das Sächsische Gesamtministerium bereits eine Neuregelung der Beamtengehälter vorgenommen habe, die von der des Reiches abweiche. Das ist nicht geschehen, die Regierung hat sich darauf beschränkt, vom Landtag die Ermächtigung zu erbitten, den Beamten und Lehrern auf die künftige Erhöhung ihrer Bezüge Vorschüsse zu gewähren, allerdings mit Zuschlägen für die Klassen I—VI. **Die endgültige Regelung wird entsprechend den Beschlüssen des Reichstages erfolgen.**

Abg. **Rammelsberg** (Dnat.) erklärt die Zustimmung seiner Partei zu der Vorlage.

Abg. **Böttcher** (Kom.) **begründet den Antrag seiner** Partei und wütet bei dieser Gelegenheit nochmals gegen die Polizei, in der sich der „Abschaum des Proletariats" sammele. — **Der kommunistische Antrag wird abgelehnt, die Vorlage einstimmig angenommen.**

Entsprechend einem deutschnationalen Antrage beschließt das Haus gegen die Stimmen der Kommunisten, die Regierung zu ermächtigen, der Sächsischen Staatsbank gegenüber die **Bürgschaft des sächsischen Staates** für ein der Landsiedlungsgesellschaft „Sächsisches Heim" zu gewährendes Darlehen in Höhe von 500 000 Mark zu übernehmen.

Vier von der Regierung erlassene **Notverordnungen** werden auf Antrag des Rechtsausschusses nachträglich genehmigt.

Ein demokratischer Antrag auf Erlaß eines Gesetzentwurfes wegen **Neuregelung der Holzdeputate** usw. verfällt der Ablehnung.

Endlich wird Kap. 1 des ordentlichen Staatshaushaltplanes (Forsten) nach den Einstellungen erledigt und die Regierung ersucht, bei der Neuorganisation der Staatsverwaltung frei werdende und zu Kindererholungszwecken geeignete Geschäfte **Jugendheimen** oder derartigen Organisationen zu überlassen.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 19. Juni, mittags 1 Uhr.

Besprechung der Regierungserklärung.

Stimmungsbild aus dem Reichstag vom 5. Juni 1924.

Der Abg. v. Graefe hatte so Unrecht nicht, wenn er behauptete, die heute endlich zu Stande gekommene große politische Aussprache stände etwas unter dem Zeichen der gepackten Pfingstkoffer. Es war bei allen Rednern etwas Nervosität zu spüren. Das Haus verband mit der Besprechung der gestrigen Regierungserklärung die Lesung des verlängerten Notetats. Letzterer wurde auch in erster und zweiter Lesung erledigt. Dagegen wird die Aussprache heute fortgesetzt werden.

Die heutige 8½ stündige Sitzung brachte die sogenannte erste Garnitur der Parteivertreter. Dr. Scholz (D. Vp.) gab für die drei Koalitionsparteien die Erklärung ab, daß sie an der bisherigen auswärtigen Politik festhalten wollten und daß sie, weil von den Deutschnationalen eine Zustimmung hierzu nicht zu erlangen gewesen sei, auch damit einverstanden gewesen seien, daß die bisherige Regierung bleibe, welcher sie ihr Vertrauen aussprächen. Es gelte, im Augenblick der höchsten Not nicht nur national zu fühlen, sondern auch national zu handeln.

Mit dem nächsten Redner, dem deutschnationalen Grafen Westarp, begann die Auseinandersetzung der Parteien über den Kampf um die Regierung, welcher in den letzten Tagen die Wähler in Spannung gehalten hat. Diese Auseinandersetzung wurde zum Teil in außerordentlich heftigen Formen geführt und Lärm von rechts und links durchtobte wiederholt das ganze Haus. Die Deutschnationalen behaupten, das Sachverständigen-Gutachten schätze unsere Leistungsfähigkeit falsch ein und verlangen vor Annahme des Gutachtens Garantien für die Befreiung von Rhein und Ruhr. Sie warfen dem Reichspräsidenten wie den Parteien vor, es habe ihnen an gutem Willen zur Verständigung gefehlt.

Reichskanzler Marx ergriff hierauf sofort das Wort und wies diesen Vorwurf zurück. Es sei nicht ohne weiteres Pflicht des Reichspräsidenten, die stärkste Partei mit dem Auftrag der Regierungsbildung zu betrauen. Nötig sei dagegen gewesen, daß eine Sicherheit geschaffen wurde, daß dem Auslande kund würde, die Richtung unserer Außenpolitik werde sich nicht ändern.

Eine Bedingung knüpfte der nächste Redner, der frühere Reichstagspräsident Löbe (Soz.) an die Annahme des Gutachtens für seine Partei, nämlich die gerechtere Verteilung der Lasten aus dem Gutachten und die Aufrechterhaltung des Achtstundentages. Er kennzeichnete dann die Entrüstung der Kommunisten als eine bestellte und abgemachte, die auch wieder abflauen würde, und wandte sich ebenso gegen die National-Sozialen. Den Stahlhelm-Kundgebungen würde seine Partei republikanische Organisationen von Stahlhelmen gegebenenfalls entgegensetzen.

Die Kommunistin Frau Bolke (Ruth Fischer) polemisierte mit ihrer sonoren Stimme und ihrem überaus lebhaften Temperament gegen die Sozialdemokraten.

Der National-Soziale v. Graefe bezeichnete das Gutachten als die praktische Grundlage zur schnellen Erledigung des deutschen Volks. Die derzeitige Regierung habe für deutsche Ehre weniger Verständnis als irgend ein Ausländer. Man müsse staunen, daß dem Reichskanzler nicht die Zunge im Munde verdorrt sei. Seine Partei sei die einzige, die den Mut habe, einer solchen Gesellschaft das Mißtrauen auszusprechen. Die Anhänger der Regierung hätten nicht einmal den Mut, ein Vertrauensvotum einzubringen, darum wolle er ihnen die Schreibarbeit abnehmen und tue das. Er ruft nach den Kommunisten rüber: Wenn Sie bei den Auseinandersetzungen im Inneren Blut haben wollen, wir sind auch dazu bereit. Auf den minutenlangen Lärm links rufen die National-Sozialisten: Ruhe in der Synagoge da drüben!

Einen leicht humoristischen Ton brachte Dr. Leicht von der Bayerischen Volkspartei in die Debatte, der vor den Garantien des Auslandes warnte, da wir, wie wir den 14 Punkten getraut hätten, schon einmal angeschmiert worden seien. Seine Partei sei nach wie vor für eine große bürgerliche Koalition zu haben, die alle umfaßt, welche nicht auf Radikalismus eingestellt sind.

Es sprachen zum Schluß die Vertreter der kleineren Fraktionen, worauf eine lange Reihe persönlicher Bemerkungen folgte.

Der Vizepräsident Dr. Bell konnte aber erst die Sitzung schließen, nachdem auch noch eine kleine halbe Stunde zur Geschäftsordnung gesprochen war.

Nächste Sitzung: Freitag 10 Uhr. Fortsetzung der politischen Aussprache. Dritte Lesung des Notetats.

Schluß ¾6 Uhr.

Der Dank der österreichischen Regierung.

tfd. Dresden. Auf das Beileidstelegramm des Ministerpräsidenten Heldt hat die österreichische Regierung durch den Minister Grünberger folgende Danksagung telegraphiert: „Tiefgerührt durch die herzliche Anteilnahme und Wünsche bitten wir die **sächsische Regierung,** den Ausdruck unseres wärmsten Dankes genehmigen zu wollen."

Kriegsgefahr zwischen Amerika und Japan?

* Washington. Der frühere Admiral Fisher hat an den Marinesekretär einen Brief gerichtet, in dem er die amerikanische Regierung auf die Möglichkeit eines Krieges mit Japan aufmerksam macht.

Schwere Zuchthausstrafen für Spionage.

* Leipzig. Vor dem 5. Strafsenat des Reichsgerichts fanden gestern einige Spionageprozesse statt. In nicht öffentlicher Sitzung hatten sich der Schweizer Staatsangehörige stud. phil. Johann **Brudera** und der Handlungsgehilfe Cristian **Herpich** aus Neumühl in Oberfranken zu verantworten. Beide haben zu gunsten einer fremden Macht Spionage betrieben. Das Gericht versagte infolge der Schwere der Tat beiden Angeklagten mildernde Umstände. Brudera wurde zu **12 Jahren 6 Monaten Zuchthaus,** 500 Mark Geldstrafe und 10 Jahren Ehrverlust, Herpich zu **10 Jahren Zuchthaus** und 200 Mark Geldstrafe verurteilt. Außerdem beide zu den Kosten. **Je 8 Monate Untersuchungshaft werden auf die Strafe angerechnet.**

SLUB Wir führen Wissen.